

Der Schmierfink

Zeitung der Initiativgruppe für ein Jugendzentrum
in Selbstverwaltung in Georgsmarienhütte

Von der Stadt verschaukelt ?

In der NOZ vom 15.11.73 wird Bürgermeister Siepelmeyer folgendermaßen zitiert:

- Im Stellenplan der Stadt müsse "sfort die Stelle eines hauptamtlichen Jugendpflegers nach Vergütungsgruppe 4 b BAT ausgeschrieben.

In einem Bericht von einer Juso-Veranstaltung zum Jugendzentrum in der NOZ vom 28. Januar 74 ist folgende Passage enthalten:

- Auf die Frage nach dem augenblicklichen Stand der Maßnahmen für ein Jugendzentrum antworteten die Ratsmitglieder, daß die Ausschreibung einer Planstelle für einen Stadtjugendpfleger unmittelbar bevorstehe. Die NOZ vom 27. März 1974 berichtete von der Stadtratssitzung vom

25. März:

- Karrenbrock teilte mit, ... daß die Stelle des Stadtjugendpflegers ausgeschrieben sei. (Vorsitzender des Ausschusses Jugend u. Sport, Anm. der Red.)

Die CDU-Stadtratsfraktion schrieb in ihrer Stellungnahme zum Jugendzentrum in der NOZ vom 16. Mai 1974:

- Durch die inzwischen erfolgte Ausschreibung der Stelle des Stadtjugendpflegers und die Festlegung, für ein Jugendzentrum die Räume in der Sporthalle Hochstraße in Anspruch zu nehmen, sind wesentliche Voraussetzungen der Stadt für die Schaffung eines Jugendzentrums erbracht.

Doch nun folgt der Hammer: In einem Gespräch mit Mitgliedern der Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung in Georgsmarienhütte teilte der stellv. Stadtdirektor Trepper mit, daß erst auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20. Juni über die Art der Ausschreibung endgültig beschlossen werden sollte !!!!!

Wir fragen uns: Mahlen die Mühlen der Stadtverwaltung wirklich so langsam oder steckt nicht viel mehr die Taktik dahinter, durch die Verschleppung der Ausschreibung der Stelle des Stadtjugendpflegers der Jugendzentrumsbewegung in Georgsmarienhütte die Spitze abzubrechen und sie schließlich ganz totlaufen zu lassen? ? (wie bekannt ist, hat die Stadt die Eröffnung eines Jugendzentrums in den Räumen der Turnhalle an der Hochstraße von einem vorhandenen Stadtjugendpfleger abhängig gemacht !!!!!)

Denn gerade jetzt, wo immer mehr Jugendliche ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung fordern (siehe auf Seite 3 die Resolutionen der 1. und 2. Jugendvollversammlung, auf denen insgesamt über 130 Jugendliche anwesend waren), wo die Initiativgruppe immer stärkere Unterstützung von den Jugendlichen erhält (wir haben inzwischen über 20 aktive Mitglieder - es kann aber jeder Interessierte noch mitmachen), steht die Stadt mit ihrem Konzept von einem "kooperativ geleiteten Jugendzentrum" ganz schön in der Defensive!!!

Die Stadt hofft wohl im Moment darauf, daß die Jugendzentrumsinitiative eines Tages auseinanderfällt, damit sie dann ein Jugendzentrum einrichten kann, in dem die Jugendlichen kaum noch etwas zu sagen haben. Ein Jugendhaus, das von einem Hausrat verwaltet wird, in dem 2 Stadtratsmitglieder, der Stadtjugendpfleger und drei "organisierte" Jugendliche & drei Berufsjugendliche sitzen und nur drei nichtorganisierte Jugendliche zugelassen sind (so die Vorstellung der Stadt), entspricht in keinster Weise unseren Vorstellungen von einem selbstverwalteten Jugendzentrum. Wir wollen keine Schein-Mitbestimmung sondern Selbstbestimmung im Jugendzentrum !!!!!!!!

Die Initiativgruppe ist wohl der Meinung und so haben es auch die Jugendlichen auf ihrer 2. Vollversammlung beschlossen, daß ein ausgebildeter Sozialarbeiter sprich Stadtjugendpfleger seinen berechtigten Platz in dem Hausrat des Jugendzentrums haben soll; denn wir geben uns ganz gewiß nicht der Illusion hin, daß die Selbstverwaltung auf Anhieb reibungslos klappen wird - ganz gewiß nicht. Bei den auftretenden Schwierigkeiten hätte der Jugendpfleger dann seine Funktion darin, die Jugendlichen bei der Lösung dieser Probleme zu beraten.

Es ist daher ziemlich wichtig, daß wir einen Stadtjugendpfleger bekommen, der sich mit dem Kampf der Jugendlichen um ein selbstveraltetes Jugendzentrum solidarisiert. Bei der Einstellung des Sozialarbeiters durch die Stadt kommt es daher darauf an, daß sich alle Bewerber vorher den Fragen derjenigen stellen müssen, mit denen sie später zu zusammenarbeiten - den Jugendlichen!! Diese sollen dann auch darüber entscheiden, welcher Bewerber eingestellt wird. Sollte sich der Stadtjugendpfleger dann doch noch als Agent von Siepelmeyer und Co erweisen, müssen die Jugendlichen das Recht haben, auf einer Vollversammlung aller Jugendlichen von Georgsmarienhütte den Stadtjugendpfleger abwählen zu können.

Daß wir diese demokratischen Rechte nicht ohne weiteres geschenkt bekommen, dürfte jedem klar sein. Es kommt daher jetzt darauf an, daß sich möglichst viele Jugendliche hinter die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum stellen und aktiv die Initiativgruppe unterstützen. (Die Sitzungen werden immer vorher in der NOZ angekündigt) Wir wollen uns jedenfalls nicht länger von der Stadt verschaukeln lassen !!!!!!!

KOMMT ZU DEN SITZUNGEN DER INITIATIVGRUPPE ! ! !

GEMEINSAM SIND WIR STARK ! ! !

PS. Hier kurz der neueste Stand: Nachdem sich die Stadtverwaltung zunächst geweigert hat, die Stelle auszuschreiben (wegen "zu hohen Anzeigenkosten in Publikationsorganen"), berät nun der Verwaltungsausschuß am 24.7. über die Ausschreibung!! (siehe auch den Leserbrief der Initiativgruppe in der NOZ vom 19. Juli 1974)

Wie wir die Selbstverwaltung im JZ verwirklichen

Die Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, ein Kreis von Jugendlichen, der sich nach der 1. Vollversammlung der Jugendlichen von Georgsmarienhütte bereiterklärt hat, die Schaffung eines Jugendzentrums voranzutreiben und als Verhandlungspartner gegenüber der Stadt aufzutreten, hat folgendes Konzept erarbeitet. Das Statut wurde mit großer Mehrheit auf der 2. Jugendvollversammlung am 30. Mai 1974 verabschiedet:

" Die Vollversammlung der Jugendlichen in Georgsmarienhütte fordert die Einrichtung eines Jugendzentrums in Selbstverwaltung. Das bedeutet für uns, daß die Stadt zwar die finanziellen Mittel für ein Jugendzentrum bereitstellt, auf die inhaltliche und organisatorische Gestaltung desselben jedoch keinerlei Einfluß nimmt. Ebenso wenig dürfen Kirchen, die Parteien und andere Organisationen und Vereine die Selbstverwaltung der Jugendlichen im Jugendzentrum einschränken. Bei der Selbstorganisation ihrer Freizeit steht den Jugendlichen der Stadtjugendpfleger beratend zur Seite."

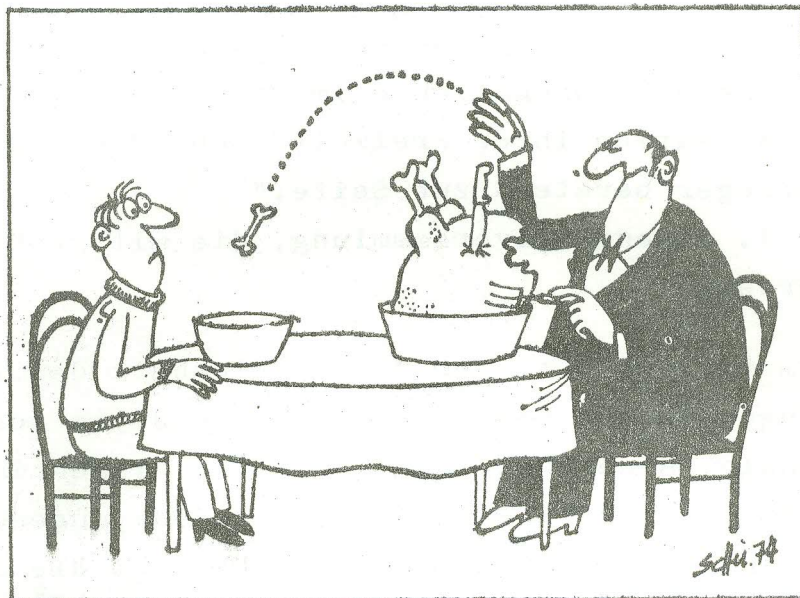
(Resolution der 1. Jugendvollversammlung, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.)

Das Jugendzentrum ist ein Ort, der die Möglichkeit der freien Betätigung aller Jugendlichen bieten soll. Da in allen sonstigen Bereichen wie Schule, Hochschule und vor allen Dingen im Betrieb eine Selbstbestimmung nicht möglich ist, wird das Jugendzentrum selbstverwaltet, damit jedenfalls im Jugendzentrum die Jugendlichen ihre Interessen und Wünsche verwirklichen und organisieren können.

Das nachfolgende Statut bildet den Rahmen der Selbstverwaltung. Es soll keine Aussage über die inhaltliche Arbeit im Jugendzentrum machen :

1. Das selbstverwaltete Jugendzentrum (SJZ) ist für alle Jugendlichen und Jugendgruppen zugänglich.
2. Die Verwaltung des SJZ erfolgt durch zwei Organe, die Vollversammlung (VV) und den Hausrat.
3. Die VV ist das oberste Organ des SJZ. Insbesondere legt sie die Aktivitäten des SJZ fest und gibt ihm eine Satzung und eine Hausordnung.

4. Die VV findet mindestens einmal im Monat statt. Sie wird vom Hausrat einberufen durch öffentliche Bekanntmachung mindestens 8 Tage vorher.
5. Auf Antrag von mindestens ... Jugendlichen muß der Hausrat eine außerordentliche VV einberufen; sie muß innerhalb einer Woche nach Antragstellung stattfinden.
6. Auf VVen sind Jugendliche von ... bis 25 Jahren stimmbe - rechtigt und wählbar. Die VV ist ab ... Besuchern beschluß - fähig.
7. Die VV wählt den Hausrat. Er besteht aus 7 Mitgliedern ein - schließlich des Stadtjugendpflegers.
8. Der Hausrat regelt die Angelegenheiten des SJZ zwischen den VVen. Der Hausrat ist an Weisungen der VV gebunden und ihr gegenüber rechenschaftspflichtig.
9. Der Hausrat als Kollektiv ist jederzeit von der VV mit ein - facher Mehrheit abwählbar.
10. Die Sitzungen des Hausrates sind öffentlich. Alle Anwesenden haben Rede- und Antragsrecht.



„Und das ist für euer Jugendzentrum ...“

Diskutiert und kritisiert "den Schmierfinkēn".
Zuschriften und eigene Beiträge bitte an:

Hans-Georg Weißleder, Gmhütte Schwarzer Weg 2

.....

Presserechtlich verantwortlich:

Initiativgruppe für ein JZ in Selbstverwaltung, Schwarzer Weg 2

Warum Selbstverwaltung

für das Jugendzentrum ?

In der letzten Zeit schließen sich immer Jugendliche in einzelnen Städten zusammen, um für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu kämpfen. Überall ist die Situation ähnlich: Die Jugendlichen haben die Schnauze voll. Sie sind unzufrieden mit den bisherigen Freizeitangeboten, wie Diskotheken, kirchlichen und anderen Jugendheimen, Kneipen usw. Auch in Gmhütte ist dies so. Die Jugendlichen wollen sich die Form ihrer Freizeitgestaltung nicht mehr diktieren lassen von Pastoren, Kneipen- u. Diskothekenbesitzern. Sie wollen ihre Freizeit selbst bestimmen. Deshalb fordern sie Räume, in denen sie völlig ohne Einmischung irgendwelcher Institutionen, ihre Freizeit, gemäß ihren Bedürfnissen, selbst bestimmen, verwalten und organisieren können. Dies heißt natürlich, daß bei der Verwaltung dieser Räume die Stadt keinen Einfluß nimmt. Man stelle sich vor, Vertreter der Stadt würden bei der Verwaltung des Jugendzentrums mitwirken (wie die CDU und die JU es fordern). Wäre dies dann noch eine Selbstverwaltung? In der Praxis würde es darauf hinauslaufen, daß diese Vertreter der Stadt die Aufgabe haben werden, die Jugendlichen bei ihren Aktionen im Jugendzentrum

zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Denn es ist schwer vorstellbar, daß sie die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen in der Verwaltung des JZ vertreten können. Eine Freizeitgestaltung, die den Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht, kann also nur durch die Jugendlichen selber organisiert werden, da nur sie selbst ihre Bedürfnisse kennen. Außerdem ist es wichtig, Vorurteile innerhalb der Bevölkerung und der Stadt gegenüber der Selbstverwaltung auszuräumen. Es wird behauptet, die Gmhütter Jugend sei nicht in der Lage sich selbst zu verwalten, sie sei nicht reif genug, sie sei unfähig. Das sind keine Argumente gegen die Selbstverwaltung. Das sind Vorurteile. Tatsache ist, daß in Gmhütte bisher noch kein Versuch unternommen wurde, Selbstverwaltung von Jugendlichen aufzubauen. Man sollte uns eine Chance geben. Darum setzt euch für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung ein.



Das Jugendzentrum

1. Lage

Die Stadt Georgsmarienhütte hat sich inzwischen bereit erklärt, den Jugendlichen die Turnhalle an der Hochstraße in Alt-Gmhütte (Nähe Lutherkirche) für ein Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen. Die nicht unbedingt zentrale Lage dieses Gebäudes würde einige Überlegungen erforderlich machen, wie günstige Verkehrsverbindungen zu den entfernt gelegenen Stadtteilen hergestellt werden können.

2. Räumlichkeiten

Das Haus wird künftig noch so aufgeteilt sein, daß die Sporthalle sowie die Umkleideräume dem Schulsport zur Verfügung stehen. Die Turnhalle kann aber für größere Veranstaltungen (Vollversammlungen, Konzerte, Diskotheken u.s.w.) in Anspruch genommen werden.

Folgende weitere Räume stehen zur Verfügung:

Im Keller: 3 Räume (ca. 20 bis 80 qm groß) sowie ein Heizungskeller.

Im Erdgeschoß: 5 Räume (ca. 20 bis 40 qm groß) sowie Toiletten.

Im 1. Stock: 3 Räume (ca. 20 bis 100 qm groß) und eine Küche.

Das Gebäude besitzt ein geräumiges Treppenhaus.

3. Augenblicklicher Zustand und Renovierungsbedürftigkeiten

Der 80 qm große Raum im Keller hat bis vor kurzem noch als Bade- und Duschaum gedient. Er ist zur Zeit noch in kleine Kabinen aufgeteilt, deren Holzwände sich jedoch leicht entfernen lassen.

Sonstige Räume stehen leer. Da das Gebäude mit einer Koksheizung versehen ist, müßte sich jemand zur regelmäßigen Bedienung bereit erklären. In dem 42 qm großen Raum im Erdgeschoß sind zur Zeit noch Sportgeräte untergebracht. Sonstige Räume stehen leer.

Der 105 qm große Raum im 1. Stock wird augenblicklich von der Jugendgruppe SJD "Die Falken" zwecks Jugendarbeit in Anspruch genommen. Ein anderer Raum wird von der Arbeiterwohlfahrt als Nähstube benutzt. Restliche Räume stehen leer. Zu überlegen wäre, ob man weitere Räumlichkeiten auf dem Dachboden schaffen könnte. Die Bedingungen dafür sind allerdings mies (kein stabiler Fußboden, kein Licht, keine Heizung), so daß hierfür hohe Kosten zu erwarten wären. Dachausbesserungen müssen aber in jedem Fall vorgenommen werden.

Bei einigen Anstrengungen der Jugendlichen selbst und der finanziellen Unterstützung der Stadt sind die räumlichen Voraussetzungen für ein JZ in Selbstverwaltung also durchaus günstig.

NOZ Presse Spiegel im Juli

„SAUEREI“

Scharfe Töne fielen auch im Zusammenhang mit der Frage des SPD-Ratsherrn Karrenbrock, ob die Stelle des Stadtjugendpflegers weisungsgemäß von der Stadtverwaltung bereits ausgeschrieben worden sei. Die Verneinung seitens der Verwaltung wurde von Karrenbrock als „Sauererei“ bezeichnet. Begründet wurde die Verzögerung von der Stadt mit „zu hohen Anzeigenkosten in Publikationsorganen“.

4. Juli

Ausschnitt aus dem Bericht von der Sitzung des G.M. Mütter Stadtrats vom 2. Juli '74

„Verschaukel“

Hier eine Stellungnahme der Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung in Georgsmarienhütte zum Verhalten der Georgsmarienhütter Stadtverwaltung, die Stelle des Stadtjugendpflegers nicht auszuschreiben (Bericht in der NOZ vom 4. Juli 1974).

Die in der Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung mitarbeitenden organisierten und nicht organisierten Jugendlichen protestieren gegen das Vorgehen der Gmhütter Stadtverwaltung, die Stelle des Stadtjugendpflegers trotz Beschluß des Stadtrats nicht auszuschreiben.

Die Art und Weise, auf der uns Jugendlichen von den Bürokraten in der Verwaltung das Recht genommen wird, unsere Freizeit sinnvoller als in Kneipen und Diskotheken zu verbringen, stellt eine „Vergewaltigung“ der Demokratie dar.

Natürlich wissen auch wir, daß die Ausschreibung nicht billig wird. Jedoch wie können auf der einen Seite „hohe Anzeigenkosten in Publikationsorganen“ (etwa 7000,- DM für die Nichtausschreibung der Stelle des Stadtjugendpflegers verantwortlich gemacht werden, wenn auf der anderen Seite ein Grundstück im Wert von 4 Millionen DM als Geschenk für den Standort des Kreishauses angeboten wird? Man muß dieses ungeheuerliche Verhalten der Stadtverwal-

tung, die Mitgliedern unserer Initiativgruppe durch den stellvertretenden Stadtdirektor Trepper versicherte, daß die Einrichtung eines Jugendzentrums „bestimmt nicht an den Kosten scheitern wird“, jetzt als Verschaukelung der Gmhütter Jugend werten.

Eines müssen wir hier noch einmal klarstellen: Mit dem Bau von Turnhallen und Schwimmbädern allein ist den Jugendlichen bei dem Bestreben, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, noch längst nicht geholfen, so positiv diese Baufreudigkeit auch zu bewerten ist. Vielmehr fordern wir Jugendlichen einen Ort, wo wir unsere Freizeit selbst organisieren und selbst verwalten können. Hierbei soll uns der Stadtjugendpfleger beratend zur Seite stehen, denn daß Selbstverwaltung auf Anhub reibungslos klappt, ist wohl illusorisch, da die arbeitende und lernende Jugend doch tagtäglich in allen anderen Lebensbereichen fremdbestimmt wird.

Daher fordern wir die Stadtverwaltung auf, endlich und unverzüglich die Stelle des Stadtjugendpflegers auszuschreiben und sich damit an ihre Pflicht erinnern, die Weisung des Stadtrates zu befolgen.

Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung in Georgsmarienhütte

Georgsmarienhütte
Schwarzer Weg 2

Offener Brief an Rat und Verwaltung

Georgsmarienhütte. Einen offenen Brief zum Thema Jugendzentrum und Stadtjugendpfleger schrieben die Georgsmarienhütter Jungsozialisten an Stadtrat und Stadtverwaltung. Hier der Wortlaut:

● Die Jungsozialisten Georgsmarienhütte fordern hiermit den Stadtrat und die Stadtverwaltung auf, zu dem Skandal um die nicht ausgeschriebene Stelle eines Stadtjugendpflegers Stellung zu nehmen.

Wie in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 4. Juli 1974 zu lesen war, hat der Ratsherr Karrenbrock es auf der letzten Stadtratssitzung als eine „Sauererei“ bezeichnet, daß die Stelle des Stadtjugendpflegers noch nicht von der Stadtverwaltung ausgeschrieben worden sei, obgleich eine Weisung des Stadtrates vorgelegen habe.

Die Verwaltung begründete die nichterfolgte Ausschreibung mit „zu hohen Anzeigenkosten in Publikationsorganen“. - Zur Erklärung für die Öffentlichkeit muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Errichtung eines Jugendzentrums in Georgsmarienhütte von der Einstellung eines Stadtjugendpflegers abhängig gemacht wurde.

Es ist wohl eindeutig, daß diese un-demokratische Vorgehensweise der Stadtverwaltung die Errichtung eines Jugendzentrums weiter hinauszögert.

Wir möchten darum fragen:

1.) Wer hat diese Eigenmächtigkeit der Verwaltung, die Stelle nicht auszuschreiben, zu verantworten?

2.) Haben Personen oder Gruppen von außerhalb der Verwaltung, diese Vorgehensweise gefordert, veranlaßt oder gewünscht?

3.) Glaubt die Verwaltung im Ernst, daß die Anzeigen in „Publikationsorganen“ in der nächsten Zeit billiger werden, weil sie im Moment ja angeblich zu teuer sind? Wie gedenkt die Verwaltung eine solche Stelle ohne die Benutzung von Anzeigen auszuschreiben zu können?

4.) Wann kann man engültig mit der Ausschreibung rechnen?

5.) Wie steht der Stadtrat zu dem eigenmächtigen Verhalten der Verwaltung? Sind ähnliche Vorfälle schon früher vorgekommen? Wird hier nicht wieder einmal deutlich, daß Beschlüsse der gewählten Volksvertreter durch die Verwaltungsbürokratie blockiert werden - oder anders gefragt: Wer regiert in Georgsmarienhütte?

Für eine baldige Beantwortung dieses Briefes wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen für den Vorstand: i. A.

Rainer Korte

Ein Anruf bei der Stadtverwaltung ergab, daß bereits vor dem Eingang des offenen Briefes die Ausschreibung in die Wege geleitet wurde: Am morgigen Mittwoch muß noch der Verwaltungsausschuß des Rates die Kosten und damit die Ausschreibung selbst beschließen.
-dr-

23. Juli

STELLENANGEBOTE

Die Stadt Georgsmarienhütte (30000 Einwohner), Landkreis Osnabrück, in landschaftl. reizvoller Lage am Teutoburger Wald, sucht einen

Jugendpfleger, Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen

Georgsmarienhütte hat kein eigenes Jugendamt. Die Stadt will aber durch zusätzliche Jugendarbeit auf örtlicher Ebene Initiative entwickeln. Gedacht ist an eine **Jugendbegegnungsstätte**. Wir suchen einen interessierten Bewerber mit staatlicher Anerkennung als Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, der eigene Vorstellungen über moderne Jugendarbeit zur Planung, zum Aufbau und zur Leitung von Jugendbegegnungsstätten verwirklichen will. Neben umfangreichen Erfahrungen in der Jugendarbeit werden Kontaktfähigkeit, Eigeninitiative, Organisationstalent und Bereitschaft zur Teamarbeit erwartet. Vergütungsgruppe IV b / IV a BAT.

Allgemeinbildende Schulen bis zur Sekundarstufe II sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung, alle Arten von Sportanlagen und Freizeitstätten sowie Hallenbad, Tennisplätze, Freibäder, Reithalle sind vorhanden. Hoher Freizeitwert, ideale Wohnlage, Mittelzentrum im Verdichtungsraum Osnabrück.

Wir brauchen im Aufbau unserer jungen Stadt neue Impulse!

Senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis zum 10. August 1974 an die

Stadt Georgsmarienhütte
4504 Georgsmarienhütte
Postfach 1120

19. Juli

27. Juli

Jetzt doch: Jugendpfleger gesucht

Wie eine Ausschreibung durch Ausschüsse und Verwaltung wanderte

Georgsmarienhütte. Daß die Georgsmarienhütter Jugend nicht reif genug und sowieso unfähig sei, sich selbst zu verwalten, seien keine Gegenargumente, sondern Vorurteile, meint die **Initiativgruppe Jugendzentrum in Selbstverwaltung**, die sich auf einer vom **Stadtjugendring** einberufenen **Vollversammlung** aller Jugendlichen in diesem Jahr gegründet hat. Die **Turnhalle an der Hochstraße** in **Altgeorgsmarienhütte**, vom **Rat der Stadt** als zukünftiges **Jugendzentrum zur Verfügung** gestellt, soll nach **Auffassung der Initiativgruppe** eine **Zuflucht für die fremdbestimmten Jugendlichen** in **Schule, Hochschule und Betrieb** sein, wo sie selbst **verwalten, selbst organisieren** und ihre **Freizeit gemäß ihren Bedürfnissen** selbst bestimmen können. Und da sie das lieber heute als morgen verwirklicht sehen, fühlen sie sich von der **Stadt verschaukelt**, haben sie inzwischen „die Schnauze voll“ von der **Langsamkeit**, mit der dieses **Projekt Jugendzentrum** in **Angriff** genommen wird. Die **Stelle des Stadtjugendpflegers** nämlich, an dessen **Einstellung** der **Rat** die **Eröffnung eines Jugendzentrums** mehr oder weniger **abhängig gemacht** hatte, war **Monate nach dem betreffenden Ratsbeschuß** trotz aller **gegenteiligen Mitteilungen** immer noch nicht **ausgeschrieben**.

Die **Jungsozialisten**, die ebenfalls das **selbstverwaltete** und „freie“ **Jugendzentrum** auf ihr **Panier** schrieben, aber **organisatorisch nichts** und **personell kaum etwas** mit der **Initiativgruppe** zu tun haben, schrieben einen **bösen, offenen Brief**, an **Stadtrat** und **Stadtverwaltung**, in der sie die **angeblich eigenmächtig handelnde Verwaltung** angriffen, **Beschlüsse** zu **blockieren** und ihr eine **undemokratische Vorgehensweise** unterstellten.

... du mußt wandern

Der **Ratsbeschuß vom 27. März** besagte nichts über den **Stadtjugendpfleger**. Um die **Ausschreibung** sollte sich der **Jugend- und Sportausschuß** kümmern, und der tagte erst am **22. April**. Er beschloß auf dieser **Sitzung**, daß der **Text** von vier **Ratsherren** zusammen mit der **Verwaltung** **ausgearbeitet** werden sollte. Der **Verwaltungsausschuß** beschäftigte sich mit dem **Inhalt** einen **Monat** später, der **Text** ging zurück an den **Jugend- und Sportausschuß**, der zwar **vollinhaltlich einverstanden** war, aber eine **Strafung** des **Textes** und **schlagkräftigere Formulierungen** wünschte. **Sechs Zeitungen**, in denen **insetiert** werden sollte, waren inzwischen **vorge schlagen** worden, ohne die **Kosten** zu **ermitteln**.

Das aber mußte vor der **abschließenden Behandlung** noch **geschehen** - und **darauf** bezog sich die **Antwort** des **Stadtdirektors** in der **Ratssitzung** am **2. Juli**, als er auf eine **Anfrage** des **Vorsitzenden** des **Jugend- und Sportausschusses** nach dem **Stand der Dinge** antwortete, die **Ausschreibung** sei noch **nicht erfolgt**, da die **Kosten** noch zu **ermitteln** seien. Dazu kam, daß der **Jugend- und Sportausschuß** **beschlossen** hatte, den **Text** der **Anzeige** vorher noch **einmal vorgelegt** zu **bekommen**. Er tagt aber nur **drei- bis viermal** im **Jahr**, und die **nächste Sitzung** stand zu diesem **Zeitpunkt** erst nach den **Ferien** an.

handelte **Stadtdirektor Rolfes** nun **doch ein bißchen eigenmächtig**: **Obwohl** der **Beschluß** des **Fachausschusses** anders hieß, wurde die **Ausschreibung** auf seine **Veranlassung** **soweit bearbeitet**, daß sie am **letzten Mittwoch** im **Verwaltungsausschuß** **abschließend beraten** werden konnte. **Einstimmig** stimmte der **VA** der **Ausschreibung** zu und **wählte** von den **sechs Vorschlägen** vier **Zeitungen**, darunter **drei Fachzeitschriften**, aus, **Kostenpunkt**: **Rund 1500 DM**. Daß die **Höhe** dieser **Summe** **ungewöhnlich** sei, und daß in **Georgsmarienhütte** für eine **Stellenausschreibung** **bislang noch in keinem Fall** **soviel Geld** **ausgetan** wurde, wurde **in der Sitzung** **betont**.

Wann nun die **Stelle** **ausgeschrieben** wird, steht zur **Zeit** noch **nicht fest**, denn die **Zeitschriften** **erscheinen** **periodisch**. Und mit dem **offenen Brief** der **Jusos**, so meinte der **VA**, sollte sich der **Jugend- und Sportausschuß** **beschäftigen**. Die **Jusos** werden also **einige Zeit** auf eine **Reaktion** auf ihren **Brief** **warten** müssen, da der **Ausschuß** ja, wie **gesagt**, erst nach den **Ferien** wieder **zusammentritt**... Der **Weg**, den die **Ausschreibung** **zurücklegte**, war also **höchst demokratisch** - **schneller**, so meinte **Stadtdirektor Rolfes**, konnte die

Verwaltung **kaum** **arbeiten**, da ihr die **Beschlüsse** die **Hände** **banden**.

Wenn sich ein **Anwärter** **finden** sollte, **möchten** die **Jugendlichen** **gern** **auch ein Wort** **mitreden** - **denn** der **zukünftige** **Stadtjugendpfleger** soll sich nach den **Vorstellungen** der **Initiativgruppe** mit dem **Kampf** der **Jugendlichen** um ein **selbstverwaltetes Jugendzentrum** **solidarisieren**. Und noch eine **Forderung** dieser **Gruppe**: Der **Stadtjugendpfleger** soll von einer **Vollversammlung** aller **Georgsmarienhütter Jugendlichen** **abwählbar** sein, wenn er in den **Geruch** **kommt**, gegen die **Interessen** der **Jugendlichen** zu **arbeiten**.

Konzept gebilligt

Die **Initiativgruppe** selbst zählt **inzwischen** **15 bis 20** **Aktive** im **Alter** von **16 bis 23** **Jahren**, **Schüler**, **Lehrlinge** und **Studenten**. Sie sollten ein **Konzept** **ausarbeiten**, wie ein **selbstverwaltetes Jugendzentrum** **organisatorisch** **aussehen** sollte. Ihr **Entwurf** wurde **inzwischen** von einer **weiteren** **Versammlung** mit **Mehrheit** **gebilligt**.

Das **selbstverwaltete Jugendzentrum** (**SJZ**) soll für **alle Jugendlichen** und **Jugendgruppen** **zugänglich** sein, die **Verwaltung** des **SJZ** **erfolgt** durch **zwei** **Organe**, die **Vollversammlung** (**VV**) und

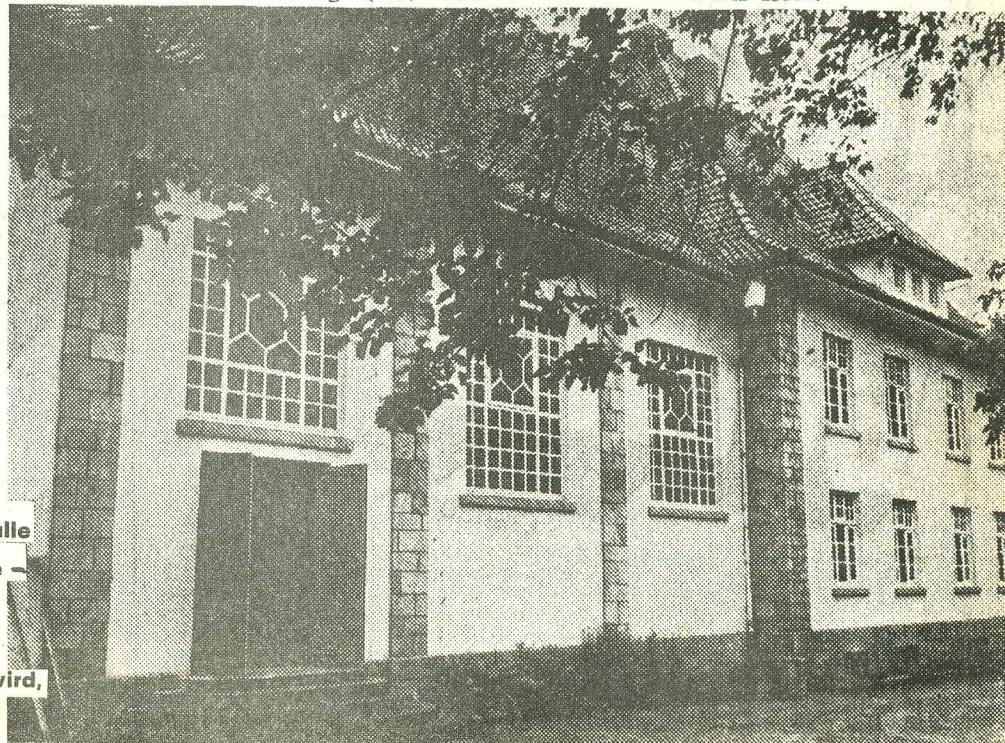
den **Hausrat**. Die **VV** soll das **oberste** **Organ** des **SJZ** sein, insbesondere **legt** sie die **Aktivitäten** des **SJZ** **fest** und **gibt** ihm eine **Satzung** und eine **Hausordnung**. Die **VV** soll **mindestens** **einmal** im **Monat** **stattfinden**, vom **Hausrat** durch **öffentliche** **Bekanntmachung** **mindestens** **acht** **Tag** **vorher** **einberufen**.

Die **VV** wählt den **Hausrat**. Er besteht aus **sieben** **Mitgliedern** **einschließlich** des **Stadtjugendpflegers**. Der **Hausrat** **regelt** die **Angelegenheiten** des **SJZ** **zwischen** den **VVen**. Der **Hausrat** ist an **Weisungen** der **VV** **gebunden** und ihr **gegenüber** **rechnungspflichtig**. Der **Hausrat** als **Kollektiv** ist **jederzeit** von der **VV** mit **einfacher** **Mehrheit** **abwählbar**. Die **Sitzungen** des **Hausrates** sind **öffentlich**. **Alle** **Anwesenden** haben **Rede- und Antragsrecht**.

Zum **Hausrat** ist zu **sagen**, daß die **Initiativgruppe** **dort** auf **keinen** **Fall** **Stadtratsmitglieder** oder **zuviel** **organisierte** **Jugendliche** **sitzen** **sehen** will; daß der **Stadtjugendpfleger** als **voll** **ausgebildeter** **Sozialarbeiter** **aber** **seinen** **berechtigten** **Platz** im **Hausrat** **haben** soll, **um** **beratend**, **aber** **keinesfalls** mit **Veto-Recht**, bei **Entschlüssen** und **Freizeitgestaltung** **mitzuwirken**. Das **akzeptieren** sie. **Denn** - sie **geben** sich **nicht** der **Illusion** **hin**, daß die **Selbstverwaltung** auf **Antrieb** **reibungslos** **klappt**. **Welche** **dieser** **Vorstellungen** **realisiert** **werden**, **hängt** **zum** **großen** **Teil** **auch** **von** der **Unterstützung** **dieser** **Vorstellungen** **durch** die **Georgsmarienhütter** **Jugendlichen** **ab**, die die **Initiativgruppe** **in** **noch** **stärkerem** **Maße** **zu** **gewinnen** **hofft**. **Und** **davon**, **wieviel** **Spielraum** **der** **Stadtrat** **den** **Jugendlichen** **zu** **geben** **gewillt** **ist**.

Doris Horst

GERÄUMT
ist die alte Turnhalle
an der Hochstraße



„Ungewöhnlich“

Um die **Ausschreibung** **doch** **nicht** **so** **lange** **zu** **verzögern**,

die **Mieter** **sind** **ausgezogen**. **Abgelegen** **und** **dennoch** **nicht** **zu** **sehr** **abseits** **steht** **das** **Gebäude** - **auch** **wenn** **hier** **einmal** **mehr** **Krach** **gemacht** **wird**, **werden** **Nachbarn** **kaum** **gestört**.

27. Juli 1974